

Bürgerrecht

Die Bürgerrechte sind die Rechte, die sich auf das Verhältnis zwischen Bürger und Staat beziehen. In der Europäischen Union (EU) sind diese als kleiner Teil der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in den Art. 39–46 definiert: Wahlrecht auf EU- und kommunaler Ebene, Recht auf eine gute Verwaltung, Recht auf Zugang zu Dokumentationen, Bürgerbeauftragte, Petitionsrecht, Freizügigkeit und diplomatischer Schutz.

Unter Bürgerrechten versteht man im Allgemeinen nur solche Rechte, die sich auf das Verhältnis zwischen Bürger und Staat beziehen, weniger auf das Verhältnis von Einwohnern des Staates untereinander.

Der Status eines Bürgers und die damit verbundenen Bürgerrechte standen nicht immer allen Einwohnern eines Landes oder einer Stadt zu. So war in mittelalterlichen Stadtverfassungen das Stadtbürgerrecht ein Privileg, das nur bestimmten Einwohnern der Stadt zuteilwurde.

[Weiterlesen](#)

Caruana Galizia, Daphne

Maltesische Journalistin und Bloggerin (* 26. August 1964 als Daphne Anne Vella in Sliema; † 16. Oktober 2017 in Bidnija). Sie war für ihre investigative Arbeit bekannt und dafür, kontroverse und heikle Informationen offenzulegen. Im Oktober 2017 wurde sie durch ein Attentat mit einer Autobombe ermordet.

Im November 2019 traten Tourismusminister Konrad Mizzi und Keith Schembri, der Stabschef des Premierministers, zurück; Wirtschaftsminister Chris Cardona ließ mitteilen, dass er sein Amt ruhen lässt. Zuvor waren Indizien dafür bekannt geworden, dass eine Person aus Regierungskreisen das Attentat in Auftrag gegeben hatte.

Am 1. Dezember 2019 kündigte Premierminister Joseph Muscat seinen Rücktritt an. Er werde im Amt bleiben, bis seine Partei im Januar 2020 einen neuen Vorsitzenden wähle.

[Weiterlesen](#)

Diskriminierung

Im allgemeinen Sprachgebrauch meist die herabsetzende Diskriminierung, d. h. die Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen oder einzelnen Personen nach Maßgabe bestimmter diskriminierender (d. h. Unterscheidungen vornehmender) Wertvorstellungen oder aufgrund unreflektierter, z. T. auch unbewusster Einstellungen, Vorurteile oder emotionaler Assoziationen.

In wertneutraler Bedeutung bezeichnet Diskriminierung die Trennung oder unterschiedliche Behandlung von Objekten. Diese Begriffsbedeutung wird in Fachsprachen außerhalb der Sozialwissenschaften verwendet. Siehe hierzu auch Diskrimination.

[Weiterlesen](#)

Druckerpresse

Auch Druckpresse: mechanische Presse, mit der ein Bild, normalerweise ein Text, mittels einer gefärbten Druckform auf einen Bedruckstoff übertragen wird, wodurch ein Abdruck entsteht. Die Erfindung und Verbreitung der Druckpresse, die weithin als das bedeutendste Ereignis des zweiten nachchristlichen Jahrtausends erachtet werden, revolutionierten den Kommunikations- und Informationsbereich und leiteten als Übermittler und Multiplikator von Wissen und Ideen maßgeblich die Weltepoche der Frühmoderne ein.

Dieses zum Hochdruck gehörende und Buchdruck genannte Druckverfahren wurde um 1440 im Heiligen Römischen Reich von Johannes Gutenberg aus Mainz entwickelt; Gutenberg modifizierte existierende Techniken wie die Spindelpresse und führte sie mit bahnbrechenden eigenen Erfindungen zu einem geschlossenen Drucksystem zusammen. Mithilfe seines eigens kreierten Handgießinstruments ließen sich zum ersten Mal bewegliche Lettern rasch und passgenau in großen Mengen herstellen, eine Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit des ganzen Buchdrucks.

Weiterlesen

Exekutive

Im 18. Jahrhundert entlehnt aus französisch *pouvoir exécutif* ‚vollziehende Gewalt‘ zu lateinisch *exsequi* ‚ausführen‘: in der Staatstheorie neben Legislative (Gesetzgebung) und Judikative (Rechtsprechung) eine der drei Gewalten.

Sie umfasst die Regierung (Gubernative) und die öffentliche Verwaltung (Administrative), denen in erster Linie die Ausführung der Gesetze anvertraut ist. Auch die Exekutive kann normsetzende Befugnisse wahrnehmen, zum Beispiel mit dem Recht auf Erlass von Rechtsverordnungen. Diese haben nicht den Status von Gesetzen, sondern werden von bestehenden Gesetzen abgeleitet.

Die Exekutive wird oftmals mit dem Präsidenten eines Landes in Verbindung gebracht, siehe als Beispiel den Abschnitt Vereinigte Staaten. Dagegen hat in Deutschland und in Österreich der Präsident eine vor allem repräsentative Rolle.

Weiterlesen

Führerprinzip

Ein politisches Konzept und eine Propagandaformel im deutschen Nationalsozialismus. Demnach sollte Adolf Hitler nicht nur militärisch, sondern entsprechend auch in allen politischen und rechtlichen Gebieten ohne Kontrollinstanzen die oberste Befehlsgewalt haben.

Das Führerprinzip ordnet im Allgemeinen eine Gruppe (ein Volk, eine Organisation etc.) ohne Einschränkungen den Entscheidungen des jeweiligen Führers unter. Das Führerprinzip beinhaltet die „Autorität jedes Führers nach unten und Verantwortlichkeit nach oben. Mehrheitsentscheidungen finden nicht statt. Entscheidungen werden von einer einzelnen Person getroffen, der gegebenenfalls Berater beigeordnet sind.

[Weiterlesen](#)

Judikative

Von lateinisch *iudicare* ‚Recht sprechen‘; auch Jurisdiktion genannt: bezeichnet die „richterliche Gewalt“ im Staat, ausgehend von der klassischen dreigliedrigen Gewaltenteilung in Legislative (Parlament als gesetzgebende Gewalt), Exekutive (Regierung und Verwaltung als vollziehende Gewalt) und rechtsprechende Gewalt. In Rechtsstaaten wird die Judikative durch unabhängige Richter ausgeübt. Die Rechtsprechung ist an Gesetz und Recht gebunden. Die Unabhängigkeit der Justiz ist teilweise positivrechtlich verankert (so zum Beispiel für die schweizerische Militärjustiz in dem Artikel 1 des Militärstrafprozesses).

[Weiterlesen](#)

Khashoggi, Jamal

Saudi-arabischer Journalist (deutsche Transkription: Dschamal Ahmad Chaschuqdschi; arabisch جمال أحمد خاشقجي Dschamāl Ahmad Chāschuqdschī, * 13. Oktober 1958 in Medina; † 2. Oktober 2018 in Istanbul). Er war Direktor der saudi-arabischen Tageszeitung Al-Watan und Medienberater des saudi-arabischen Prinzen Turki ibn Faisal. Khashoggi entwickelte sich zu einem Kritiker des saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, der de facto über das Königreich herrscht. Ab Sommer 2017 lebte er in den USA und war u. a. Kolumnist der Washington Post, in seinen Texten kritisierte er offen die saudi-arabische Regierung. Ab dem 2. Oktober 2018 galt er als vermisst, nachdem er das saudi-arabische Generalkonsulat in Istanbul betreten und nicht wieder verlassen hatte. Mehr als zwei Wochen später räumte die saudi-arabische Regierung die Tötung Khashoggis an jenem Tag ein. Seine Leiche ist bis heute nicht gefunden worden. Von türkischen Erkenntnissen aus der Überwachung des Konsulats über die Ergebnisse einer UN-Untersuchung bis hin zu Abhörergebnissen des US-Geheimdienstes sagen alle Indizien, dass der Kronprinz den Mord persönlich angeordnet und sein Geheimdienst ihn ausgeführt hatte. Dreieinhalb Jahre nach dem Mord an Khashoggi wurde der Mordprozess in Istanbul vorerst ausgesetzt und die türkische Justiz verlegte das Verfahren in die Hände saudischer Behörden.

[Weiterlesen](#)

Kuciak, Ján

Slowakischer Journalist (* 17. Mai 1990 in Štiavnik; † 21. Februar 2018 in Veľká Mača), der mit seiner Verlobten Martina Kušnírová im Februar 2018 ermordet wurde. Sein Tod löste die Aufdeckung einer Reihe von Verbindungen slowakischer Politiker zu kriminellen Geschäftsmännern und der organisierten Kriminalität aus. Darauf folgende landesweite Proteste führten zu einer politisch-gesellschaftlichen Krise sowie zum Rücktritt des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Polizeichefs.

[Weiterlesen](#)

Legislative

Von spätantik lateinisch *legis latio* ‚Beschließung des Gesetzes‘, auch gesetzgebende Gewalt: in der Staatstheorie neben der Exekutive (ausführenden Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) eine der drei – bei Gewaltenteilung voneinander unabhängigen – Gewalten. Die Legislative ist zuständig für die Beratung und Verabschiedung von Gesetzen (Gesetzgebung) im inhaltlichen und formellen Sinn sowie für die Kontrolle der Exekutive und der Judikative, wobei sie in Österreich nur die Exekutive kontrolliert und die Judikative unabhängig bleibt. In einer repräsentativen Demokratie bilden die Parlamente die Legislative. In Staaten mit Elementen direkter Demokratie tritt im Einzelfall auch das Volk als Gesetzgeber auf (Volksgesetzgebung).

Weiterlesen

Manipulation

Im eigentlichen Sinne: „Handhabung“. Darüber hinaus ist Manipulation auch ein Begriff aus der Psychologie, Soziologie und Politik und bedeutet die gezielte und verdeckte Einflussnahme, also sämtliche Prozesse, welche auf eine Steuerung des Erlebens und Verhaltens von Einzelnen und Gruppen zielen und diesen verborgen bleiben sollen (Camouflage, Propaganda). Abzugrenzen sind der Vorgang der Manipulation und seine Alltagserscheinungen von der psychologischen Methode der experimentellen Manipulation.

Weiterlesen

Märzrevolution von 1848

Die Deutsche Revolution von 1848/1849 – bezogen auf die erste Revolutionsphase des Jahres 1848 auch Märzrevolution – war das revolutionäre Geschehen, das sich zwischen März 1848 und Juli 1849 im Deutschen Bund ereignete. Von den Erhebungen betroffen waren auch Provinzen und Länder außerhalb des Bundesgebiets, die unter der Herrschaft der mächtigsten Bundesstaaten Österreich und Preußen standen, so etwa Ungarn, Oberitalien oder Posen.

Die damit verbundenen Ereignisse waren Teil der liberalen, bürgerlich-demokratischen und nationalen Einheits- und Unabhängigkeitserhebungen gegen die Restaurationsbestrebungen der in der Heiligen Allianz verbündeten Herrscherhäuser in weiten Teilen Mitteleuropas (vgl. Europäische Revolutionen 1848/1849). Bereits im Januar 1848 hatten sich italienische Revolutionäre gegen die Herrschaft der österreichischen Habsburger im Norden der Apenninen-Halbinsel und der spanischen Bourbonen im Süden erhoben. Nach Beginn der französischen Februarrevolution wurden auch die deutschen Länder Teil dieser Erhebungen gegen die ab 1815 nach dem Ende der Napoleonischen Kriege herrschenden Mächte der Restauration. In der Phase des „Vormärz“ entwickelte sich die demokratische Bewegung im Gebiet des Deutschen Bundes.

Weiterlesen

Massenmedien

Massenmedien sind in der Medienwirtschaft, Medienökonomie und Publizistikwissenschaft Medien, die als Kommunikationsmittel zur Verbreitung von Medieninhalten in der Öffentlichkeit und für die Kommunikation mit einer großen Zahl von Empfängern dienen. Als Vierte Gewalt haben sie große Verantwortung in der modernen Demokratie. Gegensatz ist das Individualmedium.

Während die von einem Individualmedium transportierten Medieninhalte sich genau an einen bestimmten Empfänger oder Nutzer richten (wie etwa bei Büchern, Datenträgern oder Telefon), sind Massenmedien an eine unbestimmte Vielzahl von Empfängern gerichtet (Bildträger, Printmedien, Rundfunk, Tonträger) sowie Internet und Online-Dienste. Massenmedien werden auf einem Massenmarkt angeboten, der Printmedien, Rundfunk sowie Bild- und Tonträger der Unterhaltungselektronik umfasst. Die Bild- und Tonträger richten sich zwar an einen bestimmten Empfänger, werden jedoch massenhaft produziert. Die Kommunikation ist einseitig bei Printmedien (Bücher; bei Zeitungen die Möglichkeit der Leserbriefe), Briefen und E-Mails oder mehrseitig bei der Telekommunikation (Smartphone, Telefon, Videokonferenz).

Weiterlesen

Nichtregierungsorganisation / NRO

Englisch: Non-governmental organization, NGO

Ein zivilgesellschaftlich zustande gekommener Interessenverband, der nicht durch ein öffentliches Mandat legitimiert ist und teils staatlich finanziert wird. Die Weltbank definiert NROs als private Organisationen, die durch ihre Aktivitäten versuchen, Leid zu mindern, die Interessen der Armen in der Öffentlichkeit zu vertreten, die Umwelt zu schützen, grundlegende soziale Dienste zu leisten oder Aktionen für Entwicklungsvorhaben zu initiieren. Diese Begriffsbestimmung wurde bewusst unscharf gewählt, da sich NROs aller denkbaren Aufgaben annehmen können. Der englische Begriff non-governmental organization wurde einst von den Vereinten Nationen (UNO) eingeführt, um Vertreter der Zivilgesellschaft, die sich an den politischen Prozessen der UNO beteiligen, von den staatlichen Vertretern abzugrenzen; non-governmental bedeutet dabei „nichtstaatlich“ im Sinne von „staatsunabhängig“, „regierungsunabhängig“. Heute wird der Begriff von und für nichtstaatliche Vereinigungen benutzt, die sich insbesondere sozial- und umweltpolitisch engagieren, und zwar unabhängig von einer Beziehung zur UNO. Zu den bekanntesten und größten internationalen Organisationen zählen beispielsweise im Bereich Umweltschutz Greenpeace und World Wildlife Fund, bei den Menschenrechten Amnesty International und Human Rights Watch, in der Korruptionsbekämpfung Transparency International und Internet Corporation for Assigned Names and Numbers für neue Technologien.

Weiterlesen

Opposition

In der Politik eine Auffassung, die im Gegensatz zu programmatischen Zielvorstellungen einer politischen Bewegung, zu Denk- und Handlungsweisen von Autoritäten, zu einer herrschenden Meinung oder zu einer Politik der Regierung steht.

In der Geschichts- und Politikwissenschaft steht Opposition allgemein für politische Kräfte und organisierte Personengruppen in neuzeitlichen, westlichen Staatensystemen, die gegen die politischen Machthaber agieren. Ziel des oppositionellen Verhaltens kann der Wunsch nach (stärkerer) Berücksichtigung der eigenen Interessen oder (im Extremfall) auch die politische Machtübernahme sein. Im letzteren Fall kann sich die politische Einstellung der oppositionellen Akteure gegen ein politisches System als Ganzes richten, indem dieses prinzipiell nicht anerkannt wird (Fundamentalopposition). Oder die Opposition tritt als systemimmanente und legale Opposition in Erscheinung, indem sie in einem Parlament als Gegenspielerin der Regierung agiert (parlamentarische Opposition). In diesem Fall bekennen sich sowohl die Opposition als auch die Regierung zu den gleichen Verfassungsgrundsätzen. Opposition bezeichnet so eine verfassungsrechtlich anerkannte Zusammenarbeit der in parlamentarischen Gruppen zusammengefassten Mitglieder eines Parlaments. Die Opposition ist weder Teil der Regierung noch übernimmt sie die Funktion der Unterstützung der Regierungsarbeit.

[Weiterlesen](#)

Populismus

Dem Begriff (von lateinisch *populus* ‚Volk‘) werden von Sozialwissenschaftlern mehrere Attribute zugeordnet. Charakteristisch ist eine mit politischen Absichten verbundene, auf Volksstimmungen gerichtete Themenwahl und Rhetorik. Dabei geht es einerseits um die Erzeugung bestimmter Stimmungen, andererseits um die Ausnutzung und Verstärkung vorhandener Stimmungslagen zu eigenen politischen Zwecken. Oft zeigt sich Populismus auch in einem spezifischen Politikstil und dient als Strategie zum Machterwerb. Um Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs zu erlangen, bedient sich der Populismus gezielt sozialer digitaler Medien. Nur gelegentlich erscheint er in der Forschung auch als Bestandteil einzelner Ideologien.

[Weiterlesen](#)

Rechtsstaat

Ein Rechtsstaat ist ein Staat, der einerseits allgemein verbindliches Recht schafft und andererseits seine eigenen Organe zur Ausübung der staatlichen Gewalt an das Recht bindet.

Die verfassungsmäßige Bindung durch Recht und Gesetz legitimiert das Handeln einer Regierung, Gesetzgebung oder Verwaltung und schützt vor staatlicher Willkür. Das Prinzip des Rechtsstaats zielt damit auf Maßhaltung bei allem staatlichen Handeln ab, verhilft aber gleichzeitig dazu, im Rahmen der Verfassung gesetzte Staatsziele zu verwirklichen. Mit dieser Beschränkung eröffnet die Staatsverfassung dem Einzelnen die Freiheit, seinen durch die Grundrechte garantierten Handlungsspielraum zu nutzen. Ziel dabei ist die Gewährleistung von Gerechtigkeit im Verhältnis der Bürger untereinander, weil sie sich unter einem allgemeinen Gesetz der Freiheit vereinen.

Rechtsstaatlichkeit ist eine der wichtigsten Forderungen an ein politisches Gemeinwesen und dient zusammen mit anderen Strukturierungen (z. B. dem Subsidiaritätsprinzip) einer Kultivierung der Demokratie.

[Weiterlesen](#)

Reichsgründung von 1871

Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Prozesse, die zur Konstituierung des Deutschen Kaiserreichs im Jahr 1871 und damit zur Entstehung des modernen deutschen Nationalstaats führten.

Der Abschluss dieser Prozesse in Form der kleindeutschen Lösung unter Ausschluss Österreichs war eine Folge der Einigungskriege und des gemeinsamen Sieges des von Preußen geführten Militärbündnisses der deutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg. Mit den Novembervträgen von 1870 traten die süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern sowie Hessen mit seinen Gebieten südlich der Mainlinie zum 1. Januar 1871 dem von Preußen dominierten Norddeutschen Bund bei. Am selben Tag trat die neue Bundesverfassung in Kraft, wodurch der föderale deutsche Staat, formell ein Bund der Fürsten und Freien Städte, erheblich zum neu geschaffenen Deutschen Reich ausgedehnt wurde. Als Reichsgründungstag wurde später jedoch der 18. Januar gefeiert, an dem der preußische König Wilhelm I. in Versailles zum Deutschen Kaiser proklamiert worden war.

[Weiterlesen](#)

Reporter ohne Grenzen

Eine international tätige Nichtregierungsorganisation. Sie setzt sich weltweit für die Pressefreiheit und gegen Zensur ein. Unter Berufung auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung) engagiert sich die Organisation unter anderem für aus politischen Gründen inhaftierte Journalisten.

Die Organisation wurde im Jahr 1985 in Montpellier von vier französischen Journalisten gegründet. Einer von ihnen war Robert Ménard, der die Organisation leitete, bis Jean-François Julliard im September 2008 das Amt des Generalsekretärs von ihm übernahm. Nachdem im Mai 2013 bekannt wurde, dass Ménard als Kandidat bei den Kommunalwahlen im März 2014 im südfranzösischen Béziers nach einem Treffen mit Marine Le Pen die Unterstützung der rechtsextremen Partei Front National erhalten sollte, distanzierten sich sowohl der internationale Dachverband von Reporter ohne Grenzen in Paris als auch beispielsweise die Sektionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz öffentlich von dem fünf Jahre zuvor ausgeschiedenen langjährigen Leiter der Organisation.

[Weiterlesen](#)

Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), auch Staatssicherheitsdienst, bekannt auch unter dem Kurzwort Stasi, war in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zugleich Nachrichtendienst und Geheimpolizei und fungierte als Regierungsinstrument der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Formal war es innerhalb des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik ein „Ministerium der bewaffneten Organe“. Auch die Hauptverwaltung A (HVA), der Auslandsgeheimdienst der DDR, war eine von etwa zwanzig Hauptverwaltungen des MfS.

Das MfS wurde am 8. Februar 1950 nach sowjetischem Vorbild gegründet und entwickelte sich zu einem weitverzweigten, personalstarken Überwachungs- und Repressionsapparat, dem im Jahr 1989 etwa 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter und zwischen 110.000 (Ilko-Sascha Kowalczyk) und 189.000 (Helmut Müller-Enbergs) inoffizielle Mitarbeiter (IM) angehörten. Als Motive für die Kooperation ermittelte Müller-Enbergs vor allem politische Ideale. Geld habe nur eine untergeordnete Rolle gespielt, auch erpresste Zusammenarbeit mit dem DDR-Spitzelapparat sei selten gewesen. Innenpolitisch hatte das als Machtinstrument benutzte MfS Schutzfunktion für staatliche Organe und Personen. Dazu wurden mehrere Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit (BVfS) wie zum Beispiel in Leipzig eingerichtet. Heute befindet sich dort das Museum in der Runden Ecke.

[Weiterlesen](#)

Verschwörungstheorie

Als Verschwörungstheorie wird im weitesten Sinne der Versuch bezeichnet, einen Zustand, ein Ereignis oder eine Entwicklung durch eine Verschwörung zu erklären, also durch das zielgerichtete, konspirative Wirken einer meist kleinen Gruppe von Akteuren zu einem oftmals illegalen oder illegitimen Zweck.

Verschwörungshypothesen machen rationale, überprüfbare und dadurch falsifizierbare oder verifizierbare Aussagen über angenommene Verschwörungen. Beispiele hierfür sind Vermutungen über die Watergate- oder die Iran-Contra-Affäre, die vor deren Aufklärung aufgestellt und schließlich bestätigt wurden.

Verschwörungsideologien hingegen immunisieren ihre stereotypen und monokausalen Vorstellungen über Verschwörungen gegen kritische Revision. Ein Beispiel hierfür ist die Annahme, die Mondlandung 1969 hätte nicht wirklich stattgefunden, die Aufnahmen vom Mond wären auf der Erde gemacht worden.

Verschwörungsmymen schließlich sind Verschwörungsideologien, deren angebliche Verschwörer zudem keine real existierende, sondern erfundene Personen sind. Der in der breiten Öffentlichkeit verwendete Begriff Verschwörungstheorie wird zumeist im Sinne von Verschwörungsideologie oder Verschwörungsmymos benutzt und somit kritisch oder abwertend gebraucht.

[Weiterlesen](#)

Zensur

Hier: Informationskontrolle, also der Versuch der Kontrolle menschlicher Äußerungen. Sie führt bei Bedarf zu rechtskonformen oder außerrechtlichen Sanktionen, etwa zur Behinderung, Verfälschung oder Unterdrückung von Äußerungen vor oder nach ihrer Publizierung. Durch restriktive Verfahren – ausgeübt u. a. durch staatliche Instanzen, religiöse oder private (etwa privatwirtschaftliche) Stellen – soll die frei zugängliche Information durch Massenmedien oder durch persönlichen Informationsverkehr eingeschränkt oder unterbunden werden, um den Diskurs zu kontrollieren, den freien Wettbewerb von Ideen zu unterbinden und die Verbreitung unerwünschter oder gesetzeswidriger Inhalte zu unterdrücken oder zu verhindern.

[Weiterlesen](#)